

Beschlussvorlage

zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: **Wahlauf Ruf für Eingebürgerte**

Bezug:

Anlagen: 1 Anlage: Wahlauf Ruf

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen unterzeichnet den Wahlauf Ruf für Eingebürgerte nach Anlage 1.

Finanzielle Auswirkungen	HH-Stelle	Ansatz 2017
Verwaltungshaushalt		
Projektmittel Integration	1.0550.5751.000	10.310 €

Ziel:

Im Rahmen des Projekts Vote D soll ein Wahlauf Ruf an neu Eingebürgerte vom Gemeinderat unterzeichnet werden.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Das Projekt Vote D ist auf die Verwaltung zugekommen, mit der Bitte, dass Oberbürgermeister Boris Palmer einen Wahlaufruf an Eingebürgerte unterzeichnet. Der Ältestenrat hat in seiner Sitzung am 3. Juli vorgeschlagen, dass neben dem Oberbürgermeister der Gemeinderat den Wahlaufruf unterzeichnet.

2. Sachstand

Das Projekt Vote D setzt sich dafür ein, dass Deutsche mit Migrationshintergrund verstärkt an Wahlen teilnehmen. Das Projekt wurde von der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration ins Leben gerufen. Projektträger ist die Berliner gGmbH Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung. Minor führt für verschiedene „benachteiligte“ Gruppen Bildungs- und Forschungsprojekte durch.

Das Projekt Vote D erprobt Methoden zur Erhöhung der Wahlbeteiligung von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte an der Bundestagswahl im September 2017. Dafür arbeitet der Projektträger sowohl bundesweit durch eine Wahlaktivierungskampagne in den sozialen Medien als auch zielgruppennah in fünf Modellkommunen, die in geografischer und politischer Hinsicht sowie in Bezug auf Communities von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte einen ausgewogenen Querschnitt darstellen: Berlin, Essen, Leipzig, Osnabrück (Landkreis) und Tübingen.

So sollen durch einen Wahlaufruf neu Eingebürgerte gewonnen werden, an der Bundestagswahl teilzunehmen.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, dass die Vorsitzenden der Fraktionen des Gemeinderats und Oberbürgermeister Boris Palmer den Wahlaufruf unterzeichnen. Dieser soll an alle Wahlberechtigten verschickt werden, die seit der Bundestagswahl 2013 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Dies sind ca. 1.000 Personen.

4. Lösungsvarianten

4.1. Der Wahlaufruf wird nur von Oberbürgermeister Palmer unterzeichnet.

4.2. Der Wahlaufruf wird nicht unterzeichnet.

5. Finanzielle Auswirkungen

Für den Versand entstehen Portokosten in Höhe von ca. 300 €. Die Finanzierung erfolgt über die HH-Stelle 1.0550.5751.000 (Projektmittel Integration) bei der Stabsstelle für Gleichstellung und Integration.